



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 81-33  
Fernschreiber 039 890

P/X/295 - 22. Dezember 1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum Jahresbericht der Bundesregierung	S.1
Sorgen im Atlantikrat	S.3
KP und Rechtsradikale	S.5
Antwort an die "Kölnische Rundschau"	S.7

## Schattenseiten werden nicht gesehen

F.B. Die Bundesregierung hat in dieser Woche auf 432 Seiten wieder ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 1955 vorgelegt. Ein Bericht, in dem in edler Selbstbeweihräucherung alle Erfolge, die im abgelaufenen Jahr beim Wiederaufbau erzielt worden sind, auf das Konto der Bundesregierung gutgeschrieben und die Versäumnisse, Fehler und Fehlleistungen schamhaft verschwiegen werden.

Sicherlich ist im abgelaufenen Jahr manches geschehen, um den Wiederaufbau voranzutreiben. In die Leistungen teilen sich aber ebenso Bund wie Länder und Gemeinden und schliesslich ist es die Bevölkerung selbst, die durch ihren Fleiss, ihre Arbeitskraft und ihr Wissen den Wiederaufbau vorangetrieben hat. Auf der anderen Seite aber liess es, sich Sand in die Augen zu streuen, wenn man nicht die ausserpolitischen Misserfolge und die immer noch schreiende soziale Not bei Millionen von Menschen in unseren Lande sehen wollte.

Die grosse Fehlleistung beginnt bei der Aussenpolitik, wo man verzeichnen muss, dass auch das abgelaufene Jahr und der Wiedervereinigung keinen Schritt nähergebracht hat. Und sie endet damit, dass die Bundesregierung und auch der Bundeskanzler in seinem Vorwort nicht mit einem Satz sagen können, welche mit Aussicht auf Erfolg versprechende Politik sie in Zukunft zu führen gedenken. Die von Dr. Adenauer erneut vertretene These, "dass auch die Sowjetunion in der Zukunft diese Verträge als wirklichen Beitrag zur Entspannung

anerkennen werde", ist unreal, nachdem gerade die Sowjetunion in den Konferenzen und Erklärungen des abgelaufenen Jahres einen schlüssigen Beweis dafür geliefert hat, dass sie mit diesen Verträgen die Wiedervereinigung nicht zulassen werde.

Es ist bezeichnend, dass gerade der Bundeskanzler einen Ausspruch des verstorbenen Ministers Tillmann's zitiert, es sei falsch, zu behaupten, die Bundesregierung habe geglaubt, die Pariser Verträge könnten die Sowjetunion dazu zwingen, zur Wiedervereinigung "Ja" zu sagen. Es ist absurd, zu leugnen, dass gerade das in Hinblick auf die Wiedervereinigung der Kernsatz der Adenauer'schen Außenpolitik gewesen war.

Eine Fehlleistung der Außenpolitik der Bundesregierung dürfte auch sein, dass in ihrer Übersichtskarte mit den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Moskau nach wie vor als weisser Fleck erscheint. Nachdem man der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zugestimmt hat, war es geradezu ein klägliches Schauspiel, erleben zu müssen, wie man diesen Beschlusse nachträglich durch technische Verzögerungen wieder abzuwerten versuchte.

Nicht zu vergessen sind die Fehlleistungen auf dem Gebiet der Innenpolitik. Die Bundesregierung hat es nicht vermocht, ein eigenes Wahlgesetz vorzulegen und hat der CDU die Aufgabe überlassen, durch das Grabensystem einen unzulässigen Druck auf die kleinen Parteien auszuüben und der Demokratie zu schaden. Das Luftschutzgesetz fehlt noch immer und die finanziellen Aufwendungen für den Luftschutz sind so gering, dass man mit Recht sagen kann, der Schutz der Zivilbevölkerung werde sträflich vernachlässigt. Die Steuerpolitik ist nach wie vor unsozial geblieben und hat es nicht vermocht, das ungesunde Verhältnis zwischen direkter und indirekter Besteuerung auch nur annähernd auszugleichen. Die Konjunkturprobleme sind anstehend, die Belange der Landwirtschaft kamen nicht zum Zuge, ebenso wie in der Verkehrsgesetzgebung vorerst nur Stückwerk geleistet worden ist.

Ein besonderes Wort aber muss man zum Thema Sozialreform sagen, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung von 1953 als

dringendste Aufgabe bezeichnet hat. Auch 1955 sind die Millionen, für die die Sozialreform eine Existenzfrage auf Leben und Tod ist, nur mit Denkschriften gefüttert worden, soziale Taten aber haben auf sich warten lassen. Alle halbwegs sozialen Gesetze, wie etwa das kürzlich verabschiedete Sonderzulagengesetz in der Rentenversicherung, die Sonderzulagen für Lastenausgleichsempfänger, die kurz bevorstehen usw. sind zum grossen Teil von der SPD-Bundestagsfraktion eingebracht und der Bundesregierung abgetrotzt worden. Ihre Leistung auf diesem Gebiet ist ein Gesetz zur Neuordnung der Krankenversicherung der Rentner, das diesen armen Menschen ab elften Tage Krankenhausaufenthalt die Rente kürzt und sie an den Arzneimittel- und Krankenscheineingebühren beteiligen will. Wenn so schon die Vorläufergesetze zur Sozialreform aussehen, dann kann man vollends das Vertrauen verlieren.

Wenn auch in diesem Jahr noch im sozialen Wohnungsbau eine hohe Bauleistung erzielt werden konnte, dann doch nur mit Hilfe des ersten Wohnungsbaugesetzes, das entscheidend von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im ersten Bundestage gestaltet worden ist. Auf der anderen Seite aber steht das erste Bundesmietengesetz, das einen Rechtswirrwarr und unerträgliche soziale Härten herbeigeführt hat, und die zweite Novelle zum Wohnungsbaugesetz, die mit Quadratmetermieten von DM 2,20 dem sozialen Wohnungsbau den Garaus machen will.

Die Herren Sonderminister nebst Familienministerium und Bundesratsministerium kommen, wie üblich, mit wenigen Seiten aus und müssen, um sie zu füllen, zum Teil bis 1870 in der historischen Begründung zurückgreifen. Ein neuer Beweis, wie überflüssig sie eigentlich sind.

Die letzte Frage, die entsteht, ist, wer eigentlich mit diesen Tätigkeitsbericht gedient ist. Sicher dem propagandistischen Bedürfnis der Bundesregierung, dem Steuerzahler, der dafür einige Zehntausend DM berappen muss, keinesfalls.

dringendste Aufgabe bezeichnet hat. Auch 1955 sind die Millionen, für die die Sozialreform eine Existenzfrage auf Leben und Tod ist, nur mit Denkschriften gefüttert worden, soziale Taten aber haben auf sich warten lassen. Alle halbwegs sozialen Gesetze, wie etwa das kürzlich verabschiedete Sonderzulagengesetz in der Rentenversicherung, die Sonderzulagen für Lastenausgleichsempfänger, die kurz bevorstehen usw. sind zum grossen Teil von der SPD-Bundestagsfraktion eingebracht und der Bundesregierung abgetrotzt worden. Ihre Leistung auf diesem Gebiet ist ein Gesetz zur Neuordnung der Krankenversicherung der Rentner, das diesen armen Menschen ab elften Tage Krankenhausaufenthalt die Rente kürzt und sie an den Arzneimittel- und Krankenschwingegebühren beteiligen will. Wenn so schon die Vorläufergesetze zur Sozialreform aussehen, dann kann man vollends das Vertrauen verlieren.

Wenn auch in diesem Jahr noch im sozialen Wohnungsbau eine hohe Bauleistung erzielt werden konnte, dann doch nur mit Hilfe des ersten Wohnungsbaugesetzes, das entscheidend von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im ersten Bundestage gestaltet worden ist. Auf der anderen Seite aber steht das erste Bundesmietengesetz, das einen Rechtswirrwarr und unerträgliche soziale Härten herbeigeführt hat, und die zweite Novelle zum Wohnungsbaugesetz, die mit Quadratmetermieten von DM 2,20 den sozialen Wohnungsbau den Garaus machen will.

Die Herren Sonderminister nebst Familienministerium und Bundesratsministerium kommen, wie üblich, mit wenigen Seiten aus und müssen, um sie zu füllen, zum Teil bis 1870 in der historischen Begründung zurückgreifen. Ein neuer Beweis, wie überflüssig sie eigentlich sind.

Die letzte Frage, die entsteht, ist, wem eigentlich mit diesem Tätigkeitsbericht gedient ist. Sicher dem propagandistischen Bedürfnis der Bundesregierung, dem Steuerzahler, der dafür einige Zehntausend DM berappen muss, keinesfalls.

+ + +

Die russische Dynamik und der Westen

b.v. Paris

Als sich, das ist nur schon etliche Tage her, die 44 Außen-Finanz- und Verteidigungsminister des Atlantikrates von einander verabschiedeten, waren die meisten vermutlich nicht gerade beglückt. Alles war gesagt worden. Etliches war "beschlossen" worden. Aber, um es vulgär auszudrücken: Was war dabei herausgekommen? War wirklich nur so wenig "herausgekommen" wie aus dem Schlußkommuniqué zu ersehen war oder steckte doch mehr dahinter?

Schon wenige Tage nach Schluß dieser Vorstellung stellte sich heraus, dass tatsächlich nicht viel mehr geboren worden war als das Kommuniqué angegeben hatte. Deutlich war, dass die USA und Großbritannien sich sehr anstrengen, um militärisch-technisch gegenüber dem Ostblock nicht ins Hintertreffen zu geraten. Beide Staaten entwickeln neue Waffen, neue Geschosse, neue Taktiken. Damit ist auf militärischem Gebiet eine Leistung zu verzeichnen, aber es wurde ebenso deutlich, dass die Sorgen des Atlantikrates (NATO) gar nicht so sehr oder mindestens nicht in allererster Linie auf militärischem Gebiet zu finden sind.

Zwar hatte die Sowjetunion, um die nötige Begleitmusik zur jährlichen Bilanzsitzung der NATO zu liefern, kurz vor ihrem Beginn eine riesige H-Bombe zur Explosion gebracht und damit jeden selbstzufriedenen NATO-Strategen aus seiner Ruhe aufgeschreckt. Diese Explosion aber scheint die Politiker weniger bedrückt zu haben als die motorisierte Außenpolitik, die von Moskau aus in den letzten Wochen betrieben wurde. Dass die noch vor wenigen Monaten so friedfertig auftretenden Herren Bulganin & Co nicht nur sehr aggressive Reden in fernen asiatischen Ländern hielten, sondern eben diesen Ländern auch wirtschaftliche Unterstützung großen Stils anboten, war besorgniserregend. Denn es zeigte, dass Moskau nicht nur an militärische Stärke denkt.

Es zeigte ferner, dass die Sowjets sich nicht mit papiernen Feststellungen begnügen. Gerade darum wirkte es beinahe tragisch, dass sich während der großen NATO-Tagung keine Indizien dafür zeigten, dass die

gleiche Aktivität auch vom Westen entwickelt werden wird. Die NATO-Staaten gaben der Sowjetunion die Schuld für das Scheitern der Genfer Konferenz - gewiß mit Recht - aber sie versichern gleichzeitig, dass sie weiterhin bestrebt sein werden, die Einheit Deutschlands herbeizuführen. Kein Wort wurde den Völkern darüber mitgeteilt, wie dieses Ziel erreicht werden soll, und so mußte der unerfreuliche Eindruck entstehen, dass es sich dabei um eine rein platonische Feststellung handelte. Umsomehr mußte dieser Eindruck entstehen, als der Atlantikrat deutlich ganz andere Sorgen hat, als etwa in naher Zukunft eine neue Großkonferenz über das deutsche Schicksal anzuberaumen.

Sorgen gibt es auf allen Gebieten: Der russische Vorstoß in Asien wie er sich in den Reisen und Reden der Moskauer Großen zeigte; die äußerst schwierige Lage Frankreichs in Nordafrika und die dadurch nötig gewordene Abziehung französischer Truppen aus Europa; die gespannte Lage im Vorderosten, wo zwischen Arabern und Israelis ein blutiger Kleinkrieg geführt wird, der zu plötzlichen Explosionen führen kann; die Frage, wie in Ostasien halbwegs normale Verhältnisse hergestellt werden können - und etliches mehr. Unter solchen Umständen erscheint das deutsche Problem manchem NATO-Mitglied alles andere als drängend und dringend.

Selbstverständlich möchten zahlreiche Atlantikstaaten sehr gern die Initiative ergreifen, um nach dem Sprichwort, dass auf einen harten Klotz ein harter Keil gehöre, dem russischen Vorgehen entsprechend zu begegnen. Doch auch hierbei kommt niemand im Augenblick über das Wunsch hinaus: Frankreich steht mitten im Wahlkampf und seine Regierung ist bis in den kommenden Januar hinein lediglich ein Verwaltungsgremium; in Amerika wird indirekte Wahlpropaganda betrieben; England hat eine Reihe von Rücksichten auf die Staaten des britischen Commonwealth und nicht zuletzt auf Indien zu nehmen. Gerade die Staaten, die sich gern als Die Großen Drei bezeichnen lassen, leiden unter verschiedenen Handicaps und sind auch in ihrer grundsätzlichen Einstellung zu bestimmten politischen Weltfragen keinesfalls einig.

So war der erste Eindruck, den die während der Konferenz gebotenen Darlegungen einzelner Teilnehmer ebenso vermittelten wie das Schlußkommuniqué richtig und die an den folgenden Tagen angestellten Nachforschungen konnten an diesem Eindruck nichts ändern: Militärisch scheint alles "in Ordnung" zu sein; politisch liegt Vieles, sehr Vieles im Argen

22.12.1955

### Alarmierende Einzelheiten

R.A., Kiel

Die inzwischen verbotene Soziale Reichspartei (SRP) wurde seinerzeit vor dem Bundesverfassungsgericht durch den Kieler Justizrat Prof. Erwin Noack vertreten, der eine gut gehende Praxis besitzt und außerdem als Repetitor tätig ist. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Nur ist aber Prof. Noack außerdem als "geistiger Vater" im "Reichsvorstand der Deutschen Solidarität" (DS). Die über diese äußerst rechts stehende Partei in den letzten Wochen in Kiel bekannt gewordenen Einzelheiten sind alarmierend.

Aus einer Fülle von Schriftwechseln geht hervor, dass Noacks Deutsche Solidarität bereits vor der Kommunalwahl im Frühjahr über den Schleswig-Holstein-Block (SHB) in den Kieler Block eingedrungen ist. Der Kieler Block setzt sich aus CDU, FDP, BHE, DP und SHB zusammen und verfügt über eine geringe Mehrheit im Parlament der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt. Weiter gelang es der Deutschen Solidarität, erheblichen Einfluss - wiederum auf dem Wege geschickter Unterwanderungen - auf den SHB im ganzen Lande zu bekommen, der mit vier Abgeordneten im schleswig-holsteinischen Landtag sitzt.

In gleicher Weise war diese äußerst rechts stehende Partei tätig, um vor der Senatswahl in die "Freie Wählergemeinschaft Berlin 1954" einzudringen, wobei das Verbot der DS durch den Berliner Senat sehr geschickt "überspielt" wurde. Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, dass es der Initiative Prof. Noacks zu verdanken ist, in Schleswig-Holstein mit der Deutschen Reichspartei zu fusionieren und zwar mit dem Ziel, den DRP-Reichsvorstand zu drängen, eine solche Verbindung im ganzen Bundesgebiet zuzulassen.

Nun sind in Kiel eine Reihe von Schreiben bekannt geworden, welche die Verbindung der Deutschen Solidarität zu den Rechtsradikalen eindrucksvoll beleuchten. Der Hamburger DS-Vorsitzende Theo von Raussen-dorf berichtete an den Bundesringvorstand der Deutschen Solidarität über eine Kranzniederlegung des rechtsradikalen Deutschen Blocks an Bismarcks Beisetzungsstelle in Friedrichsruh im Sachsenwald, dass beim

22.12.1955

Deutschen Block "ein allgemeines forsches Auftreten, welches an die Anfänge der NSDAP erinnert", zu beobachten war. "Auch die Kranzniederlegung wurde mit Fahnen und in Kleidung einheitlich aufgestellter Jugendlicher eindrucksvoll demonstriert. "Die Deutsche Solidarität aus Ostfriesland bedauert in einem Schreiben nach Kiel, dass die Deutsche Reichspartei "die dynamische Kraft von der SRP" noch nicht wieder in ihren Reihen habe. Der Ortsring Eutin der Deutschen Solidarität berichtet von der Gründung eines Freundeskreises am Geburtstag "unseres unvergessenen Freiheitshelden Albert Leo Schlageter".

Wenn man auf Grund dieser Zitate bereits höchst aufmerksam wird, so sind die in Kiel bekannt gewordenen Verbindungen zwischen Prof. Noack und der seinerzeit von der kommunistischen SED finanzierten Zeitung "Die Nation" (München) alarmierend. Der Allgemeine Nationalverlag in München schrieb an die Deutsche Solidarität in Kiel: "Die für Sie noch anfallende Provision überweisen wir so bald als möglich...." In einem anderen Schreiben bedankt sich der Verlag für die Mitarbeit Prof. Noacks bei der "Nationalzeitung" und weist darauf hin, dass sie den Namen "Die Nation" übernommen habe.

Bekanntlich hat der damalige Herausgeber der "Deutschen Nationalzeitung" mitgeteilt, dass 2,6 Millionen DM West zwei Jahre und acht Monate hindurch vom Zentralkomitee der SED zur Finanzierung von Zeitungen und Zeitschriften und Offizierstreffen nach München geflossen sind, wobei die Beträge, mit denen später auch die "Deutsche Nationalzeitung" und das "Militärpolitische Forum" finanziert wurden, im Laufe der Monate ruckartig anstiegen und im März 1954 die Spitzenhöhe von 120000DM erreichten.

Aber nicht nur dass die Deutsche Solidarität Prof. Noacks von dieser KP-finanzierten Zeitung Beträge erhielt, die "Nation" wurde auch in der Mitgliedschaft der Deutschen Solidarität gelesen, wie wiederum aus einigen Schreiben hervorgeht. Der Landesring Bremen der Deutschen Solidarität erklärt: "Die Nation" war uns hier eine große Hilfe" und der Schulungsleiter Möller meint: "Eine kleine Befriedigung gibt mir noch "Die Nation".

\* \* \*

- 7 -

Giftpfeil aus Köln

sp. Am 11. Dezember widmete die "Kölnische Rundschau", die dem Bundeskanzler nahesteht, eine volle Seite den Zuständen in der Sowjetzone, ein an sich gewiss lobenswertes Unterfangen. Aber die Zeitung stellte sie unter die grosse Schlagzeile: Vor zehn Jahren - SPD und KPD beschliessen Einheitspartei SED. Die einleitenden Absätze des Beitrages mussten den durch die dieser Überschrift beabsichtigten Eindruck bestärken, dass alles, was in den darauffolgenden langen Jahren in der Sowjetzone folgte, auf diesen Einigungsbeschluss und damit auf die Zustimmung "der SPD" zurückgeht.

Diese Veröffentlichung erfolgte genau zehn Tage nach der letzten grossen aussenpolitischen Debatte im Bundestag, in der der Vorsitzende der SPD mit nicht zu überbietender Deutlichkeit, so, wie es der Politik der SPD seit 1946 entspricht, wieder einmal den Trennungsstrich zur KP gezogen und der Bundeskanzler diese Tatsache vor der Tribüne des Bundestages ausdrücklich festgestellt und anerkannt hatte.

Damals schon tauchten Bedenken auf - und sie sind seitdem nicht verstummt - die Regierung und die sie tragenden Parteien würden sich dadurch nicht abhalten lassen, in ihren Verdächtigungen der SPD fortzufahren. Die in der "Kölnischen Rundschau" erfolgte Veröffentlichung beweist die Richtigkeit solcher Vermutungen. Tatsächlich kam es dieser Zeitung auch ganz offenbar gar nicht so sehr darauf an, eine Analyse der sowjetzonalen Situation zu geben (wozu an jedem beliebigen Tag Gelegenheit gegeben wäre) als darauf, die SPD zu diffamieren und mit der KP in einen Topf zu werfen.

Wie war es damals wirklich? Am 3. Januar 1946 verkündeten die Sozialdemokraten der britischen Zone einstimmig, am 6. Januar die sozialdemokratischen Delegierten der französischen und amerikanischen Zone mit 115 gegen 11 Stimmen die absolute, kompromisslose und durch keine Verhandlungen beeinträchtigte Ablehnung des kommunistischen Angebotes auf Einheit. Von den wenigen, die damals für Besprechungen über die Schaffung einer solchen Einheit eintraten, war schon bald danach

niemand mehr Mitglied der SPD. "Die Befreiung ist einzig und allein eine Angelegenheit der SPD. Die anderen haben sich in die kommunistische Gefangenschaft der Blockpolitik begeben", konnte Kurt Schumacher mit vollem Recht fünf Jahre danach vor Berliner Widerstandskämpfern feststellen. Als Schumacher starb, verneigte sich die ganze Welt vor ihm und seinem vielleicht grössten und absolut unbestrittenen geschichtlichen Verdienst, die deutsche Sozialdemokratie zu einem unüberwindlichen Hindernis für ein Vordringen des Kommunismus nach Westdeutschland gemacht zu haben. An dieser Linie hat die Partei seitdem unbeirrt festgehalten.

Gerade in diesen Tagen ist vor dem Vorstand der SPD ausführlich über das Schicksal von Sozialdemokraten in der Sowjetzone während der letzten neun Jahre berichtet worden, die zu vielen Hunderten in die Konzentrationslager, Zuchthäuser und Gefängnisse der Zone und von dort aus oft in die Sowjetunion verschleppt wurden, Menschen, die mit dem Einsatz von Freiheit und Leben illegal in der Zone arbeiteten und dafür sorgten, dass als einzig ernst zunehmender politischer Gegner des Kommunismus und der SED der vielgeschmähte "Sozialdemokratismus" in der Zone galt und gilt.

Der Versuch, das alles zu leugnen und das Gegenteil zu behaupten oder, da dies offen kaum gesagt werden kann, doch unmissverständlich anklingen zu lassen, so wie es der erwähnte Bericht der "Kölnischen Rundschau" tut, das ist einfach unsauber, um nicht zu sagen - schäbig.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau